





Antrag Nr. 15/74

öffentlich

Datum: 26.09.2022 **Antragsteller:** CDU, SPD

Finanz- und 02.12.2022 empfehlender Beschluss

Wirtschaftsausschuss

Landschaftsausschuss 07.12.2022 Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Nachtragshaushalt 2023

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert unverzüglich das Verfahren zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes für 2023 einzuleiten.

Begründung:

Nachdem die Information wonach die tatsächlich zu erwartenden Zahlungen der einzelnen Mitgliedskörperschaften an den LVR bei der geplanten Umlage höher ausfallen und auch die Zuweisung des Landes an den Verband steigen werden, wollen CDU und SPD ihr Versprechen, welches sie bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2022 / 2023 gegeben haben, einlösen.

Dieses Versprechen beinhaltet, dass eine Senkung des Umlagesatzes im Falle einer positiveren steuerlichen Entwicklung des Landes noch für das bereits genehmigte Haushaltsjahr 2023 erfolgt.

Zu berücksichtigen sind aus Sicht von CDU und SPD insbesondere die steigenden Kosten des LVR sowohl im Energie-, Bau- und Personalkostenbereich sowie die zu erwartende Kostensteigerung in der Eingliederungshilfe.

Dennoch erwarten CDU und SPD eine Senkung der Umlage von **mindestens 1,0 %-Punkten**. Mit dem Antrag will die große Koalition den Mitgliedskörperschaften im Rheinland frühzeitig eine weitere Entlastung in Aussicht stellen und eine weitere Planungssicherheit ermöglichen.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Thomas Böll

Frank Boss